



Dies ist eine Zeitung, gratis für Sie, keine Werbung.

Nr. 1 – Februar 2026

Stadtbus – bereit für den Rückschritt

Darüber, dass die Stadt Oberursel das Betreiben des Stadtbusses aufgegeben hat und der nunmehr verantwortliche Verkehrsverband Hochtaunus (VHT) das Angebot kürzt, haben wir im Blättche schon ausführlich berichtet.

Oberursel und Bad Homburg getrennt

Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, dass es mit dem Ausstieg der Stadt Oberursel aus der gemeinsamen Ausschreibung mit Bad Homburg zu einer Streichung der durchgehenden Verbindung von Oberstedten nach Bad Homburg kommen wird. Bisher fuhr der 41er Bus ab dem Ortsausgang an der Hans-Mess-Straße weiter als Linie 7 nach Bad Homburg. Diese viel genutzte Verbindung funktioniert nicht mehr, da jetzt in Oberursel und Bad Homburg getrennte Ausschreibungen erfolgen.

Lange haben die Koalitionäre im Rathaus abgestritten, dass die durchgehende Verbindung nach Bad Homburg wegfällt. Während sie weiterhin erzählen, sie setzen sich für die Verbindung ein, ist inzwischen die Erkenntnis gereift, dass wir eine neue Bushaltestelle brauchen, wenn zukünftig der 41er in Oberstedten endet. Die Koalition hat jetzt dafür Gelder im Haushaltsjahr 2027 bereitgestellt.

Neue Bushaltestelle an der Hans-Mess-Straße

Dort, wo heute der 41er/7er hält, wird der Bus aus Oberursel nicht mehr hinfahren, eine neue Bushaltestelle soll in der Hans-Mess-Straße geschaffen werden. Wie werden die Fahrgäste von einer Haltestelle zur anderen kommen, um in die Linie 7 umzusteigen?

Wie abgestimmt werden Umsteigezeiten sein? Werden die Busse auf Anschlüsse warten? Fragen über Fragen. Eines ist allerdings schon klar: Die Kosten für den Haltestellenausbau verbleiben bei der Stadt Oberursel.

Preiswerter Wohnraum „langfristig“

Die Fraktion der ULO hatte in einer Anfrage wissen wollen, welche Flächen in Oberursel aus Sicht des Magistrats für die Schaffung von preiswertem Wohnraum in Frage kommen. In der Antwort heißt es:

- zum Buchbinder-Gelände in der Nassauer Straße: „Eine Änderung des Bebauungsplans, um den Anforderungen an Miet- bzw. Geschosswohnungsbau gerecht zu werden, ist denkbar. Eine Errichtung von Wohnraum wäre an diesem Standort mittelfristig umsetzbar.“

- zum Raab-Karcher-Gelände: „Im Rahmen des Großen Frankfurter Bogens und vor dem Hintergrund bestehender Förderprogramme des Landes könnte das Bahnhofsumfeld ganzheitlich betrachtet und städtebaulich neu geordnet werden. In diesem Zusammenhang würde sich die Möglichkeit bezahlbaren Wohnraums bieten. Eine Entwicklung des Bahnhofsumfelds wäre allerdings in langfristiger Perspektive zu betrachten.“

Dass die Stadt Oberursel das mit dem „langfristig“ ernst meint, hat die Koalitionsmehrheit in der Haushaltsdebatte bewiesen. Die Opposition aus Grünen, ULO und Die Linke hatten beantragt, 200.000 € für die Planung im Haushalt einzustellen. Die Koalitionäre haben dies abgelehnt.

Durchstich Nassauer Straße

Am 4. Dezember hatte das Aktionsbündnis der Anwohner zu einer Podiumsdiskussion eingeladen unter dem Motto „Rettet die Allee! Stoppt den Durchstich Nassauer Straße“. Die sehr gut besuchte Veranstaltung war mit großer Mehrheit gegen den Durchstich eingestellt. Was nicht weiter verwunderlich ist, wenn die Einladung von den Betroffenen ausgeht. Erschreckend war, wie wenig Details über die Pläne bisher bekannt sind und wie unklar die weiteren Schritte bleiben.

Generell einig waren sich Befürworter und Gegner darin, dass eine kurzfristige Umsetzung der Pläne unrealistisch sei. Die SPD nutzte die Gelegenheit, um darzulegen, dass sie nunmehr gegen die Realisierung der Straße sei, für deren Planung sie noch 14 Tage zuvor 200.000 € im Haushalt mitbeschlossen hatte. Welche Mehrheitsverhältnisse es nach der Kommunalwahl im März zum Thema Durchstich Nassauer Straße geben wird, bleibt daher spannend.

So nicht – und jetzt schon gar nicht

Für Die Linke erläuterte Andi Andernacht unsere Position: Der vorgelegte Entwurf für den Bau der Straße ist abzulehnen. Die heutige Kastanienallee soll vollständig beseitigt werden, die gesamte Fläche zwischen den Gleisen der Straßenbahn und den Häusern an der Nassauer Straße würde zur geteerten Straßenfläche, meterhohe Lärmschutzwände sollen das Bild komplettieren. Wir sehen durchaus die berechtigte Forderung nach Verlagerung von Verkehr aus der Oberhöchstadter Straße und der Homburger Landstraße, aber so, wie das jetzt geplant ist, zieht diese neue Straße unweigerlich zusätzlichen Verkehr an. Zugleich werden Verbindungen für Fußwege und für Radfahrer gekappt. Daher sagen wir zu diesem Entwurf: So nicht!

Oberursel steht heute schon ganz oben bei der Belastung durch die Grundsteuer, der Haushalt ist so eng geschnürt, dass überall gekürzt wird. Das Angebot des Stadtbusses wird ab dem kommenden Jahr um 20 % reduziert, selbst die Mitgliederzahl in den Ortsbeiräten wird aus „Spargründen“ ab März verkleinert. Da ist die Planung eines Straßenbauprojekts, das uns bis zur Fertigstellung voraussichtlich 25 Mio. € kosten wird, unverantwortlich. Ein weiterer Grund, warum eine Umsetzung des Projektes zum

jetzigen Zeitpunkt nicht zu vertreten ist, liegt darin begründet, dass es aktuell keine valide Planung gibt, wie denn der Verkehr weiter über den Bahnhofsvorplatz bis zu den Drei Hasen geführt werden soll. Daher sagen wir: Jetzt schon gar nicht!

Die Allmacht der „Aufgabenträger“

Dass die Stromnetze in Deutschland ausgebaut werden müssen, ist unstrittig. Hierzu bedarf es einer umfangreichen Infrastruktur, zu der auch Umspannwerke gehören. Eine der Haupttrassen für Höchstspannung soll zukünftig nördlich der A5 parallel zur Autobahn verlaufen. In diesem Zusammenhang wird auch ein großes Umspannwerk zwischen Bad Homburg und Eschborn errichtet. Zwei der ins Auge gefassten Standorte liegen auf Oberurseler Gemarkung. Der Plan für den Standort in Bommersheim sorgt bei der Bevölkerung und speziell bei den Landwirten zu Recht für Aufregung. Die ins Auge gefasste Fläche umfasst ausgerechnet Böden mit der höchsten Ertragsmesszahl, also wertvollstes Ackerland.

Da eine grundsätzliche Ablehnung von Standorten vollkommen aussichtslos ist, wurde auf Initiative Bommersheimer Landwirte ein Vorschlag erarbeitet, der durch eine leichte Verschiebung des Areals nunmehr weniger gute Ackerböden betrifft. Ein entsprechender Vorschlag wurde durch die Stadt an den Netzbetreiber weitergeleitet. Ob dieser Vorschlag berücksichtigt wird, ist aber vollkommen unklar, denn die Entscheidung, an welcher Stelle in welcher Größe gebaut wird, liegt hierbei ausschließlich beim privaten Netzbetreiber. Der Netzbetreiber, in diesem Fall die TenneT TSO ist „als Übertragungsnetzbetreiber ein Dienstleistungsunternehmen mit gesetzlichem Auftrag“ gemäß den in § 11 ff. des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) formulierten Aufgaben alleiniger Entscheider.

Dass nicht jede einzelne Kommune mitentscheiden kann, wo Umspannwerke gebaut werden, ist nachvollziehbar. Dass es aber weder auf regionaler Ebene noch im Landesparlament eine Möglichkeit der Mitsprache gibt, ist in einem demokratischen Staatswesen schwer nachzuvollziehen. Die „Aufgabenträger“ sind nur ihrer Gewinnoptimierung verpflichtet und darin kommen die Belange der Landwirtschaft nicht vor.

Musterung

Nach Einschätzung unabhängiger Beobachter haben in der Ukraine im vergangenen Jahr über 250.000 Soldaten ihre Einheiten verlassen, allein im Oktober sind 21.000 desertiert. Der Ukraine gehen die Soldaten aus, es wird wohl in Zukunft nicht ausreichen, Waffen zu schicken ...

Die Bundesregierung hat die Absicht, die Bundeswehr zur stärksten Streitmacht in Europa zu machen. Dazu wirbt sie zunächst Freiwillige an, behält sich aber vor, demnächst alle wehrfähigen jungen Männer einzuberufen. In Vorbereitung dieses Ziels, sollen schon einmal alle jungen Menschen „gemustert“ werden.

Daher möchten wir an dieser Stelle auf folgende Mitteilung der Stadt verweisen:

Wir weisen **geht net mehr!** en mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im Kalenderjahr 2025 volljährig werden, darauf hin, dass ihre Daten im Kalenderjahr

Ab dem 1. Januar 2026 ist eine Übermittlungssperre für Daten an die Bundeswehr nicht mehr möglich, da das Widerspruchsrecht aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Wehrdienstes (WDMoDG) entfallen ist. Meldebehörden sind nun verpflichtet, jährlich Daten (Name, Anschrift) 17-Jähriger an das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr zu übermitteln. Auch zuvor erteilte Übermittlungssperren sind nicht mehr wirksam.

61440 Oberursel ihr Widerspruchsrecht geltend zu machen, indem sie formlos schriftlich eine Übermittlungssperre beantragen.

Die Linke hat Wahlvorschlag eingereicht

Zur Kommunalwahl am 15. März hat die Linke ihre Wahlvorschläge eingereicht. Die Linke kandidiert für das Stadtparlament und in allen sechs Ortsbeiräten. Spitzenkandidat ist, wie schon in den vergangenen Wahlen, Ingmar Schlegel. Auf den Listenplätzen 2 und 3 folgen Doris Mauczok und Dietrich Andernacht, zwei in der Kommunalpolitik ebenfalls erfahrene Kandidaten. Die Stadtverordnete Doris Mauczok, 2021 noch auf der Liste der SPD, hat diese Partei anlässlich der Bildung der aktuellen Oberursel-Koalition (CDU/SPD/OBG) verlassen und ist seither als fraktionslose Abgeordnete in der Stadtverordnetenversammlung und im Ortsbeirat Nord aktiv geblieben. Für die kommende Kommunalwahl hat sie sich der Liste Die Linke angeschlossen und

kandidiert auch als Spitzenkandidatin für den Ortsbeirat Nord. Auf der Liste der Partei Die Linke stehen auch viele Nichtmitglieder, die vor Ort eine an den



Führen die Liste an: Ingmar Schlegel, Dietrich Andernacht und Doris Mauczok

Interessen von Arbeitnehmern, Schülern und Rentnern orientierte Politik machen wollen.

Die vollständige Liste der Wahlvorschläge finden Sie auf der Webseite der Partei unter <https://die-linke-htk.de>

Verheerende Bilanz

Merz brauchte zwei Anläufe, um Bundeskanzler zu werden. Dann drehte er sein Wahlversprechen, um mit Sondervermögen in Höhe von 500 Mrd. € neue Schulden zu machen. Zusätzlich sollen Mittel für Militärausgaben nicht mehr unter die Schuldenbremse fallen. Dafür kassierte er die Rüge der Bundesbank, mit diesem Haushaltskurs gegen das Grundgesetz zu verstoßen. Einsparen will Merz bei den Sozialleistungen, also bei den Ärmsten! Um Aufruhr bei diesen zu vermeiden, lenkte er mit seiner Stadtbild-Debatte die Probleme auf die Migranten. Die zumindest wehrten sich und brachten Teile des sozialdemokratischen Koalitionspartners hinter sich. Von der eigenen Truppe verlassen war Merz bei der Rentenreform, als die Junge Union den Rentnern in die Taschen greifen wollte. Bei Rentenhöhen, die schon heute zur Tafel führen.

Für seinen aberwitziger Vorschlag, das russische Staatsvermögen für die Ukraine-Finanzierung zu nutzen, wurde er von europäischen Partnern zurechtgewiesen. Was blieb, ist ein Kredit über 90 Mrd. €, für den letzten Endes nur der deutsche Steuerzahler

bürgt. Eine gescheiterte Verfassungsrichterwahl, viel zu hohe Energiepreise und eine verschärfte strukturelle Wirtschaftskrise runden das Trauerspiel ab. Brauchen wir so einen Kanzler, der nur dann was auf die Reihe kriegt, wenn er uns tief in die Taschen greift, lieber Aufbauleistungen in der Ukraine finanziert statt unserer Infrastruktur? Friedrich Merz zeigt mit seiner polarisierenden Rhetorik, wie sehr er den Interessen der herrschenden Militaristen- und Millionärsclique verbunden ist. Dort landet das Geld, das uns in den Kommunen fehlt.

Das Orscheler Blättche

wird in einer Auflage von 3.000 Stück in Oberursel verteilt. Die Verteilgebiete werden immer mal gewechselt. Wer das Blättche regelmäßig oder generell online beziehen will, schreibt bitte eine Mail an: oberursel@dielinke-htk.de mit dem Betreff: Abo – Orscheler Blättche.

Der „Wilde Westen“

Trumps Politik ist neu?

Nein, Trump sagt nur unverblümt, was andere Präsidenten noch verklausulierten. Bei den Kriegen „zur Verteidigung der Demokratie“ ging es immer um die eigenen politischen, strategischen und wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten. Die Liste der verdeckten oder offen militärischen Interventionen der USA ist lang: Vietnam, Kuba, Chile, Nicaragua, Grenada, Panama, Irak, Iran, Libyen, Afghanistan, Syrien, um nur die bekanntesten zu nennen.

Recht und Völkerrecht?

Die Charta der Vereinten Nationen interessiert US-Präsidenten wenig, wenn es um Rohstoffe oder Kontrolle geht. Selbst der amerikanische Kongress, der laut Verfassung einen Krieg erklären muss, hat nur in elf von über 100 bewaffneten Konflikten zugestimmt.

Grönland annektieren?

Grönland gehört zum Königreich Dänemark. Das hat 1951 die Verteidigung des Landes vertraglich an die USA delegiert. Diese unterhalten dort den Stützpunkt

Pituffik Space Base als eines ihrer wichtigsten ballistischen Raketenfrühwarnsysteme. Jede andere militärische Präsenz, auch die von NATO-Partnern, wird seit 1951 von den USA abgelehnt.

Kluge Energiepolitik?

Deutschland hat auf Druck der EU die Energie- und Technologiepartnerschaft mit Russland komplett aufgegeben. Der wichtigste Bündnispartner, die USA, sondieren seit Februar 2025 Wirtschaftsabkommen mit Russland, das in der Arktis die stärkste militärische und wirtschaftliche Präsenz besitzt. An der arktischen Rohstofferschließung und neuen Schifffahrtsrouten, bedingt durch den Klimawandel, wollen die USA teilhaben.

Die Ukraine gehört (zu) Europa?

Auf der Landkarte liegt die Ukraine in Europa und sie ist EU-Beitrittskandidat. 17 Mio. Hektar Agrarland gehören allerdings Cargill, Du Pont und Monsanto. Black Rock berät die ukrainische Regierung beim billionenschweren Wiederaufbauprogramm. Die USA haben Abkommen über seltene Erden, Mineralien und Rohstoffe mit der Ukraine geschlossen. Mit rund 187 Mrd. \$ im Gegenzug für Waffenlieferungen haben die USA die Grundlagen für Investitionen von US-Unternehmen in Infrastrukturprojekte, Energieversorgung und Industriewiederaufbau gesichert. Die Wertschöpfung aus der Ukraine findet nach Kriegsende in den USA statt.

Eine Wildweststory

Dem Publizisten, ehemaligen Oberst der Schweizer Armee, Jacques Baud, wird vom Rat der EU vorgeworfen, er verbreite Verschwörungstheorien. 2014 als Mitarbeiter der NATO in die Ukraine entsandt, ist er Kenner der Lage vor Ort. Weil die EU seine Militäranalysen zur Ukraine nicht teilt, wurde er mit Sanktionen belegt. Der in Brüssel lebende Schweizer Staatsbürger darf Belgien nicht verlassen, sein Vermögen wurde beschlagnahmt und seine Konten gesperrt. Meinungsfreiheit, Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip???

Herausgeber: Die Linke Oberursel

oberursel@dielinke-htk.de www.dielinke-htk.de
V.i.S.d.P.: Manfred Niendorf, Die Linke Hessen,
Allerheiligentor 2 - 4, 60311 Frankfurt